

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Linder
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Sofortentlastung: Nein zu ORF-Zwangssteuer und CO2-Strafsteuer!**

eingebraucht in der 245. Sitzung des Nationalrates im Zuge der Debatte zum Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (2305 d.B.): Bundesgesetz, mit dem ein Finanzausgleichsgesetz 2024 erlassen wird sowie das Finanzausgleichsgesetz 2017, das Umweltförderungsgesetz, das Wohn- und Heizkostenzuschussgesetz, das Transparenzdatenbankgesetz 2012 und das Bildungsinvestitionsgesetz geändert werden (2375 d.B.) (TOP 2).

Der Finanzausgleich ist den Erläuterungen zur Regierungsvorlage zufolge als Gesamtkompromiss zu verstehen, „der nur als Summe aller Regelungen der finanziellen Beziehungen zwischen den Gebietskörperschaften verstanden werden kann und mit dem alle offenen Punkte der abgelaufenen Finanzausgleichsperiode erledigt sind“. Die neue ORF-Zwangssteuer und die CO2-Strafsteuer werden dabei jedoch ausklammert, obwohl sie eine massive Mehrbelastung der Bevölkerung zugunsten des Bundes bedeuten. Vor diesem Hintergrund gilt es der Kritik der Österreicherinnen und Österreicher Ausdruck zu verleihen.

Nein zur ORF-Zwangssteuer

Die Bundesregierung von ÖVP und Grünen wäre in Zeiten der Teuerung gefordert, die Anliegen der Bevölkerung ernst zu nehmen. Die Bezieher kleiner Einkommen und in zunehmendem Maße auch der Mittelstand geraten unter immer stärkeren finanziellen Druck. Viele Menschen können sich das Leben nicht mehr leisten und müssen bereits bei Grundbedürfnissen wie Wohnen, Heizen, Essen und Trinken massive Abstriche machen. Statt die Menschen zu entlasten, sollen jedoch ab dem 1.1.2024 alle Haushalte Monat für Monat netto 15,30 Euro an den ORF überweisen. In der Steiermark (4,79 Euro), Burgenland (4,59 Euro), Kärnten (4,18 Euro) und Tirol (3,26 Euro) kommt noch eine ebenfalls monatliche Länderabgabe dazu. Insgesamt fallen durch die ORF-Zwangssteuer Kosten von bis zu rund 20 Euro pro Monat an.

Künftig müssen außerdem rund 525.000 zusätzliche Haushalte für den ORF zahlen. Ferner werden auch rund 100.000 Unternehmen ab 2024 zur Kasse gebeten. Eine saftige Erhöhung kommt auch auf 206.000 Haushalte zu, die bisher zwar GIS, aber nur den deutlich geringeren Radiobeitrag zahlten. Für diese Personen verdoppelt sich nun sogar der Beitrag von 6,31 Euro auf mindestens 15,30 Euro im Monat. In Summe nimmt der ORF damit mindestens rund 60 Millionen Euro mehr im Jahr ein. Laut manchen Schätzungen könnten die Jahreseinnahmen des ORF durch die Haushaltsabgabe sogar auf bis zu 800 Millionen Euro steigen – das wären dann sogar mehr als 100 Millionen Euro mehr als derzeit!

Die notwendige Motivation zu Reformen und Objektivität entsteht beim ORF durch die geplante Haushaltsabgabe an keiner Stelle. Wenn jeder Österreicher ohnehin zwangsweise für den ORF bezahlen muss, hat man in den gut dotierten Chefetagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks keinerlei Grund, für eine faire und vor allem

konkurrenzfähige Berichterstattung zu sorgen, die auch der verfassungsmäßig verankerten Unparteilichkeit gerecht wird.

Es braucht daher anstelle eines aufgeblähten Rundfunks einen verschlankten „Grundfunk“, der den grundlegenden Bildungsauftrag wahrnimmt. Gerade weil Millionen Österreicher einer ungewissen Zukunft in Zeiten von Teuerung, Krieg und Inflation entgegenblicken, darf es unter keinen Umständen zu einer weiteren Steuer-Mehrbelastung für die Bürger in Form einer ORF-Haushaltsabgabe kommen.

Nein zur CO₂-Strafsteuer

Als ob damit die heimische Bevölkerung nicht schon genug belastet wäre, hat die Bundesregierung von ÖVP und Grünen mit der sogenannten „ökosozialen“ Steuerreform bewiesen, dass sie vor weiteren enormen Belastungen für die Österreicherinnen und Österreicher nicht zurückschreckt. Anstatt in den Markt einzugreifen, um die Menschen zu entlasten, wird aus ideologischen Gründen zusätzlich verteuert.

Bis Mitte Dezember 2023 muss ÖVP-Finanzminister Magnus Brunner im Bundesgesetzblatt kundmachen, wie hoch die CO₂-Bepreisung 2024 ausfallen wird. Noch im Oktober betonte er vollmundig: „Ich bin ganz klar gegen neue Steuern“.¹ Dem erteilte jedoch ÖVP-Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm eine Absage: Die stufenweise Erhöhung des CO₂-Preises sei entschieden.²

	CO ₂ -Preis in Euro/Tonne	Diesel: CO ₂ -Preis in Cent/Liter netto (mit MwSt)	Benzin: CO ₂ -Preis in Cent/Liter netto (mit MwSt)
10/2022	30	7,5 (9)	6,8 (8,2)
2023	32,5 *	8,1 (9,8) *	7,4 (8,9) *
2024	45	11,3 (13,5)	10,2 (12,3)
2025	55	13,8 (16,5)	12,5 (15)

Quelle: <https://www.oeamtc.at/thema/verkehr/mineraloelsteuer-co2-bepreisung-17914742>

Medienberichten zufolge ist mit einem Anstieg des Preises pro Tonne CO₂ von derzeit 32,5 auf künftig 45 Euro zu rechnen.³ Das bedeutet eine massive Verteuierung an den

¹ <https://www.puls24.at/news/politik/brunner-praesentiert-budget-knapp-21-milliarden-neue-schulden/310770>

² <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6324663/Claudia-Plakolm-OeVP-will-trotz-Kritik-an-hoererer-COBepreisung>

³ <https://kurier.at/politik/inland/neuer-co2-preis-ab-2024-wird-sprit-um-mehr-als-12-cent-pro-liter-verteuern/402662015>;
<https://bauernzeitung.at/preise-fuer-treibstoffe-steigen-ab-2024-wegen-co2-steuer/>

* Für die steigende zusätzliche CO₂-Bepreisung gibt es einen sogenannten "Preisstabilitätsmechanismus". Steigen die Preise für fossile Energie für private Haushalte deutlich, dann steigt die zusätzliche CO₂-Bepreisung trotzdem, aber nicht in vollem Umfang. Sinken diese Preise wiederum deutlich, dann ist sogar eine Verdoppelung der Steigerung geplant. Trotz der ungebremsten Teuerung seit 2022 wurden die Spritpreise auch 2023 aus ideologischen Gründen um knapp einen Cent verteuert.

Zapfsäulen. Der Preis pro Liter Diesel steigt inklusive Mehrwertsteuer auf 13,5 Cent, der von Benzin auf 12,3 Cent.

Bis 2025 soll der CO₂-Preis weiter auf 55 Euro pro Tonne steigen. Über die Höhe des vermeintlich kompensierenden Klimabonus wird erst Mitte des Jahres 2024 entschieden. „Die [...] CO₂-Abgabe in Österreich wird – trotz Klimabonus – die Inflation zusätzlich treiben“, ist WIFO-Chef Felbermayr überzeugt: „Ja, sie wird weitergegeben werden und die Preise nochmal in die Höhe treiben.“⁴

So werden sich die Kosten für das Heizen und die Mobilität weiter massiv erhöhen und in Folge viele Menschen vor enorme finanzielle Probleme stellen. Wohnen, Heizen und Autofahren drohen so nahezu unleistbar zu werden.

Statt die Bevölkerung weiter zu belasten und damit die Inflation in die Höhe zu treiben, braucht es eine Sofortentlastung. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

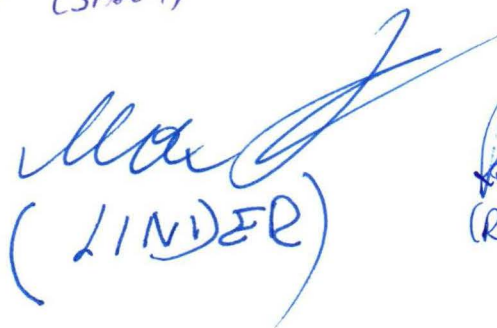
Entschließungsantrag

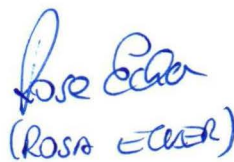
Der Nationalrat wolle beschließen:

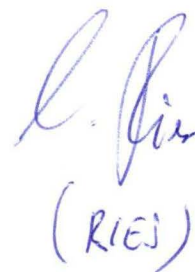
„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit welcher die Einführung der ORF-Steuer oder ORF-Haushaltsabgabe revidiert wird. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit welcher die CO₂-Abgabe durch das Außerkrafttreten des Nationalen Emissionszertifikatehandelsgesetzes 2022 abgeschafft wird.“


(CSPALT)


(SCHMIEDLECHNER)


(LINDER)


(ROSA ECKER)


(RIES)

⁴ APA0155/17.02.2022

